

Einleitung

Demokratie und Migration. Konflikte um Migration und Grenzziehungen in der Demokratie¹

In den letzten Jahrzehnten hat sich Migration zu einem zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeld in Deutschland und Europa entwickelt. In (West-)Deutschland bildeten sich seit Ende der 1960er Jahre rund um das deutsche Gastarbeitsregime Konflikte in Bezug auf soziale Sicherung und politische Teilhabe heraus. Anfang der 1990er Jahre wurde die deutsche Wiedervereinigung begleitet von einem Anstieg nationalistischer Diskurse und einem massiven Ausbruch rassistischer Gewalt. In jüngerer Zeit zeigte sich die Konflikthaftigkeit in Bezug auf Migration nach der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern des Nahen Osten im langen Sommer der Migration 2015, an die sich tiefgreifende und anhaltende Auseinandersetzungen über die europäische Migrationspolitik und die Zukunft der Europäischen Union anschlossen.

Die Konflikte um Migration sind von disparaten Dynamiken der Öffnung und Schließung gekennzeichnet. Einerseits treten große Teile der Bevölkerung für eine offene und freie Gesellschaft ein. Dies zeigte sich in den letzten Jahren in einer großen Aufnahmebereitschaft im Rahmen der so genannten Willkommenskultur 2015/16 und gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine in diesem Jahr. Ebenso zeugen zivilgesellschaftliche Solidaritätsbündnisse gegen Rassismus und Antidiskriminierung und breite pro-migrantische Kampagnen wie »Unteilbar« von gesellschaftlichen Bewegungen, die die Teilhabe von Migrant*innen und Migrantisierten zentral setzen. Andererseits erscheinen Migration, und nicht zuletzt Migrant*innen selbst, in den öffentlichen Debatten als Bedrohung der nationalen Identität, öffentlichen Sicherheit und des wohlfahrtsstaatlichen Systems. Als Störung einer vermeintlichen Normalität wird Migration als ordnungspolitisches Problem verhandelt. Dies schlägt sich unter anderem in einer zunehmenden Abschottungspolitik an den nationalen bzw. europäischen Außengrenzen nieder. Aber auch der Aufstieg rechtsextremer sozialer Bewegungen wie Pegida oder der Aufschwung von Parteien wie der AfD sind als Bestandteil von gesellschaftlichen Schließungsdynamiken zu verstehen. Darüber hinaus treten diese in gewaltvollen Ausschreitungen und rassistischen Terroranschlägen zutage, wie im Februar 2020 in Hanau.

1 Wir bedanken uns bei Jonathan Stahl und Teresa Otten Dionísio für die großartige Unterstützung beim Lektorat der Beiträge.

Das Projekt wurde ermöglicht durch eine Förderung des Forschungsfonds für Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Zudem wurde die Arbeit an diesem Artikel durch den Europäischen Forschungsrat (ERC) im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizon 2020 (Nr. 757452) finanziert.

In diesem Band nehmen wir Konflikte um Migration zu unserem Ausgangspunkt, um den Zusammenhang von Demokratie und Migration konzeptuell und empirisch zu beleuchten. Unsere Ausgangsthese ist, dass in den gesellschaftlichen Debatten im Themenfeld Migration die Grenzziehungen nationalstaatlich organisierter Demokratien verhandelt werden. Die gesellschaftlichen Aushandlungen um Migration halten gerade deshalb große politische Konfliktpotentiale bereit, weil in ihnen auch die Bedingungen des Zusammenlebens in der Demokratie und die Widersprüche demokratischer Ordnungen bearbeitet werden. Migrationsphänomene werfen die Frage auf, inwieweit sich demokratische Gesellschaften durch ihre Territorialgrenzen nach außen abgrenzen dürfen. Zugleich stehen die inneren Grenzziehungen der Demokratie, also die sozialen und kulturellen Grenzen der nationalen, häufig ethnisierten und rassifizierten kollektiven Identität zur Debatte, durch die Mitgliedschaft aber auch soziale Hierarchien konstituiert werden. Es geht darum, wie viel Offenheit bzw. Geschlossenheit in demokratisch verfassten Gesellschaften in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht möglich, legitim und gewünscht ist. Konflikte um Migration weisen insofern über den Gegenstand der Migration hinaus. Die gesellschaftlichen Aushandlungen und politischen Entscheidungen im Themenfeld Migration haben weitreichende Konsequenzen für die Lebensrealitäten vieler Menschen und sind zentral für die Selbstdeutung demokratischer Gesellschaften. Es geht um die Grenzen der Staatsbürger*innenschaft, um die Frage der Absicherung sozialrechtlicher Standards, um Aushandlungen gesellschaftlicher Solidarität, um Zugehörigkeit, Anerkennung und Teilhabe.

In den gesellschaftlichen Konflikten um und in den staatlichen Reaktionen auf Migrationsphänomene wird auch um das Verständnis von Migration gerungen.² Als empirisches Phänomen beschreibt Migration zunächst Mobilität von Personen über staatliche Grenzen hinweg.³ Als solches ist sie ein historisches Faktum moderner Gesellschaften, das in komplexen Prozessen der Vergesellschaftung verarbeitet wird und dadurch weitreichende soziale und politische Wirkungen entfaltet.⁴ Im Rahmen dieser Vergesellschaftungsprozesse ist Migration zu einem Marker für Fremdheit geworden. In den dominanten Migrationsdiskursen erscheint eine »(weiße) sesshafte Nation als Zentrum«, der »fremde Minderheiten am Rand der Gesellschaft«⁵ gegenübergestellt sind. Dabei baut das Verständnis von »Fremdheit« aber nicht, wie der Begriff Migration suggeriert, auf der tatsächlichen physischen Mobilität der Personen auf, sondern auf etablierten Differenzkonstruktionen, die kollektiven nationalen Selbstentwürfen entspringen.⁶ Dies

2 In den sich jeweils durchsetzenden Frames und Migrationsverständnissen drückt sich immer auch das Verhältnis zwischen »Dominanzgesellschaft« und »Migrant*innen« aus, vgl. Karakayali 2008, S. 12, 16.

3 Vgl. Oltmer 2017.

4 Vgl. Ebd.; Espahangizi 2022, Kerner 2019, Celikates 2016.

5 Bojadžijev, Römhild 2014, S. 10.

6 Vgl. Anderson 2013.

zeigt sich nicht zuletzt daran, dass in öffentlichen Debatten People of Colour immer wieder als Migrant*innen gelten, auch wenn diese nie migriert sind, während als *weiß* und »westlich« gelebte Personen mit Migrationserfahrung nicht als migrantisch markiert werden.⁷

Für die Erforschung von Migration ergeben sich hierdurch Herausforderungen: Migration als Forschungsgegenstand ist immer auch in bestehende politische Migrationsregime eingebettet und schließt an die alltäglichen gesellschaftlichen Vorstellungshorizonte an.⁸ Forschungsperspektiven, die das nicht reflektieren, laufen Gefahr, ein Verständnis von Migration als Fremdheit und die rassifizierende Kategorie der »Migrationsanderen«⁹ zu reproduzieren. Vertreter*innen einer reflexiven und kritischen Migrationsforschung haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, dieses vorherrschende Verständnis von Migration zu dekonstruieren und durch eine explizit diskriminierungs- und rassismuskritische Perspektive zu bearbeiten.¹⁰ Mit dem doppelten Plädoyer, die Migrationsforschung zu entmigrantisieren und die Gesellschaftsforschung zu migrantisieren haben sie eine Agenda entworfen, die sich dafür einsetzt, Migrationsforschung nicht länger als eine isolierte Forschung *über* »Migrant*innen« als die Anderen zu betreiben und gleichzeitig die Sozialwissenschaften insgesamt dazu aufruft, die Verflochtenheit von Migrationsphänomenen und gesellschaftlichen Strukturen in den Blick zu nehmen.¹¹

Dieses Anliegen einer gleichzeitigen Entmigrantisierung und Migrantisierung der Forschung ist zuletzt zunehmend in einer postmigrantischen Forschungsagenda aufgegangen. Die postmigrantische Gesellschaftsanalyse stellt die gesamtgesellschaftliche Relevanz von Migration und die Prozesse und Folgen ihrer Vergesellschaftung in den Mittelpunkt. Sie überschreitet »den engen Kreis der Migrationsmarkierten«¹² und weist dichotome Klassifikationen in Einheimische und Migrant*innen zurück. Es ist der Anspruch einer postmigrantischen Perspektive, das soziale Zusammenleben ohne Rückgriff auf ethnisierende und rassifizierende Klassifikationen zu theoretisieren und das bestehende Verständnis von Gesellschaft entsprechend zu transformieren.¹³ Der Erfahrungsschatz der Migration wird dabei – im Sinne einer Migrantisierung der Gesellschaftsforschung – in eine gesellschaftliche Dimension transzendiert. Das heißt, in der postmigrantischen Forschung geht es nicht länger »um Migration selbst«, sondern um die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse, die in Bezug auf die Chiffre Migration stattfinden, tatsächlich aber weit über den Aspekt der Mobilität hinausgehen und Fragen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung berühren.¹⁴

7 Vgl. Horvath 2017.

8 Vgl. Dahinden 2016.

9 Mecheril 2016, S. 11.

10 Vgl. Nieswand, Drotbohm 2014.

11 Vgl. Bojadžijev, Römhild 2014.

12 Bojadžijev, Römhild 2014, S. 18.

13 Vgl. Yildiz 2018, S. 48.

14 Vgl. Foroutan 2019, S. 19.

Bei einem solchen Zugriff setzt auch das Vorhaben an, Konflikte um Migration als Ausgangspunkt für das Nachdenken über das demokratische Zusammenleben in Deutschland und Europa zu machen. Der Band ist getragen von einem Verständnis von Migration als einem irreversiblen Sozial- und Kulturprozess,¹⁵ der die europäischen Gesellschaften tiefgreifend geprägt und transformiert hat. Im Zentrum der Analyse steht Migration als gesellschaftliches Aushandlungsfeld, in dem vielschichtige, und nicht selten auch widersprüchliche, Vorstellungen von Migration produziert und modifiziert werden, die jeweils Implikationen für die grundsätzlichen Fragen nach der Funktionalität und Legitimität bestehender demokratischer Strukturen und Beziehungen aufweisen. Aus diesen Reflexionen über die demokratiespezifische Bedeutung von Migrationskonflikten und eine notwendige kritische Verbindung von Migrationsforschung und Gesellschaftsforschung ergibt sich die interdisziplinäre Anlage des vorliegenden Bandes, der Perspektiven der politischen Theorie und Philosophie, soziologischen Gesellschaftstheorie sowie der reflexiven und kritischen Migrationsforschung zusammenbringt.

Der Band teilt sich in drei Abschnitte, in denen der Zusammenhang von Migration und Demokratie auf unterschiedliche Weise aufgegriffen wird. *Erstens erscheint der Umgang mit Migration als Ausdruck der konstitutiven Ausschlüsse von Demokratie.* In Teil I werden entsprechend die strukturellen Spannungen demokratischer Gesellschaften hinsichtlich ihrer Grenzziehungen ausgeleuchtet und dabei insbesondere die nationalstaatliche und koloniale Anlage der Demokratie reflektiert. *Zweitens erscheint Migration als Gegenstand demokratischer Selbstverständigung.* Vor dem Hintergrund einer vielfach diagnostizierten Krise der Demokratie rückt Teil II die gesellschaftspolitischen Debatten in Bezug auf Migration in den Fokus und untersucht deren Bedeutung für das demokratische Selbstverständnis. *Drittens erscheint Migration als Reservoir der Erneuerung und Demokratisierung der Demokratie.* Teil III widmet sich den migrantischen Praktiken und anti-rassistischen Strategien, die die Reflexion auf die impliziten und expliziten Grenzziehungen forcieren und analysiert deren demokratische Potentiale.

I. Grenzziehungen der Demokratie

Nationalstaatlich gefasste demokratische Gemeinschaften kontrollieren ihre territorialen Grenzen und erheben auch den Anspruch, über ihre politischen Grenzen zu entscheiden, also darüber, wer Mitglied der politischen Gemeinschaft werden kann. Dieser »doppelte Verfügungsanspruch«¹⁶ ist fest im internationalen und nationalen Recht verankert und um ihn durchzusetzen greifen Staaten nötigenfalls auf Zwangsmittel zurück. Entsprechend dieser Rechtslage gilt es auch in den öffentlichen Debatten als weitestgehend selbstverständlich, dass es den Bürger*in-

15 Bade 2016, S. 341.

16 Cassee, Goppel 2012, S. 9.

nen eines Staates überlassen sein sollte, frei über dessen Einwanderungspolitik zu entscheiden.¹⁷

Aus diesem selbstverständlich erscheinenden Akt der Schließung entsteht jedoch aus demokratietheoretischer Perspektive ein tiefreichendes Problem: denn demokratische Ordnungen beruhen auf dem universalistischen Grundsatz gleicher Freiheit, der sich mit diesen Ausschlüssen schwer in Einklang bringen lässt. Vor diesem Hintergrund wurden in der Demokratietheorie zunehmend Fragen politischer Mitgliedschaft verhandelt und demokratische Ordnungen in ihrer in- und exkludierenden Doppelstruktur erfasst.¹⁸ Diese zeigt sich insbesondere an der Instanz der Staatsbürger*innenschaft: Durch eine inklusive Binnenstruktur »interner Universalität«¹⁹ sichert sie einen Status gleichberechtigter politischer Mitgliedschaft ab und ist damit gleichzeitig das Instrument, durch das alle Nicht-Bürger*innen von diesem Status und den mit ihm einhergehenden Rechten exkludiert werden.²⁰ Staatsbürger*innenschaft wurde deshalb auch als quasi »feudaler Status«²¹ und als moralisch »willkürlich«²², weil auf historischen Kontingenzen²³ beruhend, beschrieben.

Auch wenn die nationalstaatliche Demokratie von Ausschlussprozessen und Grenzziehungen durchzogen ist, gilt sie als das große Inklusions- und Teilhabeprojekt der Moderne, durch dessen Realisierung es zu einer kontinuierlichen Ausweitung von Berechtigungen für immer mehr gesellschaftliche Gruppen kam.²⁴ An den Konflikten um Migration zeigt sich das dynamische Zusammenspiel von zunehmenden Berechtigungen und wirkmächtigen Ausschlüssen, die längst nicht nur über die Zuweisung des politischen Status funktionieren, sondern sich auch als sozialer Verteilungskonflikt äußern. So ist der demokratische Wohlfahrtsstaat aus national eingefassten Klassenkonflikten hervorgegangen und basiert entsprechend auf einer nationalstaatlich begrenzten Solidarität.²⁵ Gleichzeitig ist er eingebunden in die ökonomische Umwelt des global agierenden Kapitalismus.²⁶ Diese Widersprüchlichkeit zwischen einer sich nach außen abschließenden Funktionslogik nationaler Wohlfahrtsstaaten und deren gleichzeitiger Einbettung in die globalisierte, auf Öffnung gepolte, kapitalistische Ökonomie mündet in ein komplexes System rechtlicher und sozialer Stratifizierung²⁷, in dem sich »viel-

17 Vgl. Ebd., S. 9-10; Celikates 2016.

18 Siehe etwa Benhabib 2004; Bauböck 2017.

19 Bosniak 2017, S. 5.

20 Vgl. Ebd., 2006; Celikates 2012.

21 Carens 1992, S. 26.

22 Shachar 2009, S. 7.

23 Vgl. Benhabib 2004, S. 175.

24 Vgl. Lessenich 2019.

25 Vgl. Esping-Anderson 1990; Balibar 2010; Lessenich 2019.

26 Vgl. Freeman 1986; Lessenich 2019.

27 Vgl. Mohr 2005; Sainsbury 2006; Morris 2003.

schichtige und uneindeutige soziale Konstellationen von sich überlagernden, überschneidenden, durchdringenden Dynamiken des Aus- und Einschlusses«²⁸ herausbilden.²⁹

Diese Konstellation ist auch Ausdruck transnationaler sozialer Konflikte aufgrund von Ungleichheiten³⁰ entlang von Machtverhältnissen zwischen Globalem Norden und Globalem Süden sowie Westen und postsozialistischem Osten. Die Analysen demokratischer Grenzziehungen bleiben insofern unvollständig, wenn gegenwärtige Grenzregime nicht auch in ihrer historischen Kontinuität zum europäischen Kolonialismus verortet werden und auf deren neokoloniale Wirkungsweisen befragt werden.³¹ Europa gerät dann als Ausgangspunkt des europäischen Siedlerkolonialismus in den Blick, dessen Folgen koloniale Staatsgrenzen und rassistische Differenzpostulate sind³² – die als »Legitimationslegenden«³³ die ausdifferenzierten bestehenden ökonomischen und politischen Ausschlüsse bis heute mit rechtfertigen. Diese rassistisch-kolonialen Dimensionen gegenwärtiger Grenzziehungen manifestieren sich nicht nur entlang nationalstaatlicher Grenzen, sondern reichen über vielfältige Praktiken der Distinktion weit in das Innere der europäischen Gesellschaften hinein. *Rassialität* fungiert als zentraler Ausschlussmechanismus in demokratischen Ordnungen.³⁴ Die enge historische Verzahnung von Kolonialismus, Rassismus und Versklavung mit der Herausbildung von moderner Staatlichkeit und Demokratie macht das Grundproblem der Demokratie nochmal in besonderer Weise deutlich: Die umfangreichen Prozesse der Exklusion sind sowohl Voraussetzung als auch Folgewirkung der Inklusionsgeschichte demokratischer Ordnungen.³⁵

An der Figur der Migrantin und ihren Entrechtungserfahrungen wird die strukturelle Spannung zwischen dem demokratischen Gleichheitsversprechen und den vielfältigen Ausschlüssen in der nationalstaatlich gefassten Demokratie in besonderer Weise sichtbar. Doch trotz seiner exkludierenden Strukturen gewährleistet der territorial organisierte demokratische Verfassungsstaat zugleich eine historisch einmalige Wahrung grundlegender Menschenrechte, und sichert damit, zumindest theoretisch, auch die Rechte von Nicht-Bürger*innen ab. Zudem stellt die Demokratie mit dem Grundsatz gleicher Freiheit »die Logik einer universalistischen Legitimation«³⁶ bereit. Durch diesen normativen Überschuss ist die Demokratie

28 Lessenich 2019, S. 58.

29 Die Migrationsforschung verwendet das Konzept der »differentiellen Inklusion«, um die Prozesse der selektiven Inklusion von Migrant*innen im Bereich der politischen und sozialen Rechte zu erfassen, siehe z.B. Mezzadra, Nielson 2013.

30 Vgl. Faist 2021, S. 11.

31 Vgl. Kerner 2019, S. 93; Mbembe 2014, S. 155.

32 Vgl. Bhabha 2019; Kerner 2019.

33 Rommelspacher 2019, S. 26.

34 Vgl. Davies et al. 2017; Mbembe 2014; Silva 2009.

35 Vgl. Ehrmann 2021; Mills 1999; Mamdani 2020; Lessenich 2019.

36 Benhabib 1993, S. 107.

damit stets selbst Ermöglichungsstruktur für die Forderungen der Ausgeschlossenen nach der Realisierung des nicht eingelösten universalistischen Gehalts.³⁷ Die Grenze als undemokratische Bedingung der Demokratie kann so zum Ansatzpunkt politischer Praktiken der Kontestation werden, die auf eine Vertiefung bzw. Demokratisierung der Demokratie abzielen.³⁸

Ausgehend von dieser Konstellation nehmen wir im ersten Teil des Bandes die konstitutiven Ausschlüsse der Demokratie in den Blick und stellen die Frage, wie sich die Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion konzeptuell erfassen lässt. Angesichts der stetig zunehmenden Abschottungsversuche demokratischer Rechtsstaaten gegen unerwünschte Migrant*innen sowie der graduellen Exklusion migrantisierter Gesellschaftsgruppen werden die konzeptuellen und politischen Herausforderungen der Gleichzeitigkeit und Verflochtenheit von demokratischer Gleichheit und Exklusion diskutiert.

In einem ersten Beitrag widmet sich *Hannah Riede* dem Spannungsfeld von politischer Gleichheit und sozialstruktureller Verschiedenheit und dessen Bearbeitung in demokratischen postmigrantischen Gesellschaften. Durch den Rückgriff auf eine ideengeschichtliche Analyse kann die Autorin nicht nur auf die lange Geschichte von Konflikten um gesellschaftliche Vielfalt verweisen, sondern darüber hinaus verdeutlichen, dass es sich bei diesen Konflikten stets um Kämpfe demokratischer Teilhabe handelt. Vor diesem Hintergrund macht sie einen interventionistischen Diversitätsbegriff stark, der Demokratie als einen unabgeschlossenen Prozess der Konfrontation mit ihren Ausgeschlossenen versteht. *Jeanette Ehrmann* fragt sodann, was es bedeutet, wenn wir migrantisch situiertes Wissen zum Ausgangspunkt demokratiethoretischen Nachdenkens machen. In der Verbindung von Postkolonialismus und Migrationsforschung arbeitet sie heraus, dass demokratiethoretischen Ansätzen allzu oft ein Narrativ von Migration als Krise eingeschrieben ist, welches die kolonialen Ursprünge der westlich-liberalen Demokratie und die kolonialen Dimensionen historischer und gegenwärtiger Migrationsphänomene vernachlässigt. Anhand des bundesdeutschen Gastarbeitsregimes zeigt die Autorin die entlang der kolonialen Logik fortwirkenden systematischen Grenzziehungen der Demokratie im Differenzierungsmodus der Rassialität. Es ist gerade das Archiv des migrantisch situierten Wissens, das eine systematische Rekonstruktion und neue Einsichten in die Widersprüche der Demokratie erlaubt und darauf aufbauend neue Horizonte für die Theoretisierung und Demokratisierung der Demokratie ermöglicht. *Floris Biskamp* und *Karin Scherschel* befassen sich anschließend mit In- und Exklusionsprozessen im Rahmen der institutionellen Ordnung des demokratischen Wohlfahrtsstaates. Sie diskutieren dabei die Rolle von strukturellem Rassismus bei der Errichtung und Aufrechterhaltung von ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen gegenüber Migrant*innen und rassifizierten Subjekten. Sie argumentieren, dass auch wenn die Funktionslogik des demokratischen Wohlfahrtsstaates nicht immanent rassistisch ist, sich gleichwohl die aus der Innen-/Außen-Differenzierung und der inneren Stratifizierung ergeben-

37 Vgl. Ebd.; Benhabib 2004.

38 Vgl. Balibar 1996; Celikates 2019.

den Ungleichheitsverhältnisse auf Wir-Gruppen-Konstruktionen angewiesen sind, die rassistisch ausgedeutet werden können und derart auch auf die wohlfahrts-staatliche Praxis rückwirken können. *Albert Scherr* analysiert die Debatte um offene Grenzen. Er argumentiert, dass die utopistische Forderung nach offenen Grenzen weder als Horizont politischer Kämpfe noch als normative Grundlage einer kritischen Sozialwissenschaft zielführend ist, weil sie in ihrer politischen Konkretisierung wiederum in die Debatte um relative Grenzöffnungen mündet und dabei die aussichtsreichere Forderung nach der Durchsetzung der Menschenrechte vernachlässigt. Gegen die bestehenden Ungleichheitsverhältnisse im Kontext des Spannungsverhältnisses national-europäischer Interessen und der moralischen und menschenrechtlichen staatlichen Selbstverpflichtungen versprechen solche wissenschaftlichen Interventionen Erfolg, die Diskursanstöße und politisch realisierbare Wege für eine stärkere Berücksichtigung menschenrechtlicher Prinzipien bereitstellen.

II. Konflikte um Migration als Krise der Demokratie?

Spätestens seit der großen Solidarität im langen Sommer der Migration 2015 und einer gleichzeitig zunehmenden Sichtbarkeit rechtsnationaler Kräfte hat in der Medienöffentlichkeit, aber auch in der Wissenschaft, die Deutung einer gesellschaftlichen Polarisierung und damit zusammenhängend die Diagnose einer Krise der Demokratie an Bedeutung gewonnen. Die Kriseneinschätzung der Demokratie ergibt sich aus einer gesteigerten Konfliktwahrnehmung zwischen unversöhnlichen Lagern, deren Antagonismus den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein friedliches Zusammenleben nachhaltig gefährde.³⁹ Ohne Frage zeugen die bestehenden vielfältigen Konflikte von differenten Positionierungen im Themenkomplex Migration. Das einfach zugängliche Polarisierungsnarrativ einer sich bipolar auseinander dividierenden Gesellschaft verdeckt jedoch die generelle Komplexität von Konfliktlinien und die Vielschichtigkeit ihrer Ursachen.⁴⁰ Konflikte um Migration sind eng verschränkt mit Klassenkonflikten, die vor einer Logik der Konkurrenzgesellschaft ausgetragen werden⁴¹ und ganz unterschiedliche soziale Gruppen involvieren.⁴² Gesellschaftliche Konflikte um Migration lassen sich vor

39 Vgl. Schmelzle 2021.

40 Vgl. Bieling, Huke 2020. Die hohe Plausibilität der »Beschreibungsbilder einer gespaltenen Gesellschaft« liegt auch an der medialen und politischen Inszenierung der Konflikte (Mau 2020). Diskurse und Praktiken, die eine feindselige und diskriminierende Haltung gegenüber Geflüchteten und anderen sozialen Gruppen sowie insgesamt eine negative Sicht auf Migration kultivieren, sind in den medialen Diskursen der letzten Jahre besonders stark repräsentiert gewesen (vgl. Harder, Opratko 2022).

41 Vgl. Lessenich 2019, S. 49.

42 Auch innerhalb der »Gruppe« der Migrant*innen besteht eine hierarchische Klassenordnung, weshalb die häufig in Polarisierungsdiskursen anzutreffende Homogenisierung von Migrant*innen ebenfalls nicht der Komplexität realer gesellschaftlicher Verhältnisse entspricht.

diesem Hintergrund auch als ein Ringen um den Zugang zu »Berechtigungsräumen« und damit verbunden um »Beteiligungsansprüche« verstehen.⁴³ In ihnen wird das zentrale demokratische Versprechen von Gleichheit und Anerkennung verhandelt.

Durch die konstante Öffnung von Berechtigungsräumen sind zuvor marginalisierte Standpunkte in den letzten Jahrzehnten in politischen Diskursen stärker repräsentiert und es gibt insgesamt ein höheres Problembewusstsein für bestehende Nachteile.⁴⁴ Das trifft insbesondere, aber nicht nur, auf migrantisierte Positionen zu. Gegen eine insgesamt zunehmende Gleichwertigkeit reagieren rechte, religiöse, konservative und andere Strömungen mit lauten Gegenpositionierungen. Die hohe Sichtbarkeit unterschiedlicher Positionen muss somit als Ausdruck einer sich zunehmend öffnenden und inkludierenden Gesellschaft verstanden werden, ein Prozess, der zugleich Widerstand und weitere Konfliktlinien hervorruft, wodurch das Themenfeld Migration eine Politisierung erfährt.⁴⁵

Indem Konflikte als zunehmende Politisierung und vor dem Hintergrund pluraler gesellschaftlicher Strukturen analysiert werden, rückt die Vielschichtigkeit und Intersektionalität bestehender Konfliktlinien im Kontext von Migration in den Vordergrund. Nicht zuletzt ergeben sich dadurch auch neue Perspektiven für die Frage nach den gesellschaftlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration. Lange war in der klassischen Migrationsforschung die These, Migrationskonflikte seien vor allem die Folge fehlgeschlagener Integration, weit verbreitet. In den neueren Debatten scheinen die Deutungsmuster der Integration im Sinne einer anzustrebenden Assimilation »kulturfremder« Gruppen hingegen kaum mehr zu inspirieren und stehen eher isoliert.⁴⁶ Anstatt Migrant*innen als Problemgruppe zu betrachten und diese einer scheinbar homogenen Mehrheitsgesellschaft gegenüberzustellen, sollte es darum gehen, die Debatten um Migration als Ausdruck gesellschaftspolitischer Aushandlungsprozesse zu betrachten, »die *nach* der Migration erfolgen, die *hinter* der Migrationsfrage verdeckt werden und die *über* die Migration *hinaus* weisen«.⁴⁷ Gerade die Frage, was durch die Bezugnahme auf Migration verdeckt wird, welche anderen »Kämpfe um strukturelle, soziale, kulturelle und identifikative Anerkennung ausgeblendet«⁴⁸ werden, ist relevant, um die gegenwärtigen Konfliktkonstellationen zu interpretieren.⁴⁹

Angesichts der gesellschaftspolitischen Brisanz, der Migration in den öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten zukommt, steht im zweiten Teil des Bandes Migration als Gegenstand demokratischer Selbstverständigung im Zentrum. Ausgehend von der These, dass es bei den gesellschaftlichen Konflikten um Migration

43 Vgl. Lessenich 2019.

44 Vgl. DeZIM 2022.

45 Vgl. Foroutan 2019; El-Mafaalani 2022; Stjepandić, Karakayali 2018.

46 siehe etwa Koopmans 2017, Mansour 2017.

47 Foroutan 2019, S. 19.

48 Ebd.

49 Vgl. El-Mafaalani 2022; Karakayali, Mecheril 2018.

auch um die Aushandlung von Kernpunkten der Demokratie geht, stellt sich die Frage, welche Konfliktlinien sich innerhalb der Debatten identifizieren lassen und um welche gesellschaftspolitischen Vorstellungen von Migration und Demokratie gerungen wird.

Aladin El-Mafaalani verweist in seiner gesellschaftlichen Gegenwartsbeschreibung auf die tiefreichenden sozialstrukturellen Transformationen demokratischer Migrationsgesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten. Durch diese hat sich eine superdiverse Klassengesellschaft herausgebildet, in der ökonomische und kulturelle Teilhabe sowie soziale Zugehörigkeit neu verhandelt werden. Paradoxerweise sind es gerade die Prozesse der zunehmenden Integration und Diversifizierung, die neue Konfliktpotentiale stimulieren. Die Aushandlungen der multiplen Verteilungsfragen involvieren heterogene Gruppen und entfachen komplexe Konfliktodynamiken, denen der Begriff der Polarisierung nicht gerecht wird. Auch *Fabian Gölzau* und *Thomas Lux* greifen daraufhin die Frage auf, ob sich im Themenfeld Migration eine Polarisierung der Einstellungen beobachten lässt. Anhand der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften fokussieren sie neben einem möglichen Einstellungswandel zwischen 1996 und 2016 auch darauf, ob unterschiedliche Haltungen zu Migration sozialstrukturell verankert sind. Die Autoren stellen schichtspezifische Einstellungsunterschiede fest; entgegen dem öffentlich dominanten Narrativ einer zunehmenden Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft zeigt sich allerdings, dass die Akzeptanz gegenüber Migrant*innen insgesamt zugenommen hat und sich zudem im Zeitverlauf ein leichter Trend der Entpolarisierung abzeichnet. Der Beitrag von *David Niebauer* untersucht anschließend, wie im Rahmen der zwischenstaatlichen »Koalitionen der Willigen« und der kommunalen Initiativen der »Solidarischen Städte« über die Aufnahme von Geflüchteten in Europa gerungen wird und fragt, welche Selbstbilder und Modelle von Europa und dem Projekt der Europäischen Union in diesen Auseinandersetzungen zur Aufnahmepolitik verhandelt werden. Beide Initiativen bieten Maßnahmen, um die restriktive Logik der Migrationspolitik punktuell abzufedern. Die zwischenstaatlichen »Koalitionen der Willigen« bleiben dabei einer Idee von Europa als territorial verfasste Nationalstaatsordnung verhaftet, während die »Solidarischen Städte« auch Entwürfe eines postnationalen Europas zeichnen. *Priska Daphi* und *Verena Stern* fragen daraufhin, welche Rolle dem flüchtlingspolitischen zivilgesellschaftlichen Engagement im öffentlichen Diskurs zugeschrieben wird. Der Beitrag verortet sich in wissenschaftlichen Debatten, die den Wert zivilgesellschaftlichen Handelns für das demokratische Zusammenleben hervorheben. Anhand einer Medienanalyse großer überregionaler Tageszeitung zeigen die Autorinnen, dass in den Debatten zwischen 2014 und 2019 eine dienstleistende Funktion der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt der Berichterstattung stand, während ihre Rolle als kritische Instanz und demokratisches Kontrollorgan selten Eingang in den Diskurs fand. Die Unterrepräsentation dieses demokratiefördernden Potentials der Zivilgesellschaft erscheint gerade aufgrund ihrer demokratiepolitischen Bedeutung problematisch. *Laura Holderied* untersucht im Rahmen einer visuellen Diskursanalyse deutscher Printmedien die mediale Repräsentation der Grenze im Verlauf des langen Sommers der Migration. In der medialen

»Ikonographie der Grenze« spiegeln sich nicht nur die dominanten kollektiven Deutungen der Grenzen der Zugehörigkeit, die erzeugten Bilder wirken wiederum auf das gesellschaftliche Selbstverständnis zurück. Ihre Analyse zeigt, dass die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Praktiken der Solidarität, die unter dem Begriff der Willkommenskultur gefasst werden können, kaum Eingang in den visuellen Diskurs fanden und von Repräsentationen einer Ablehnungskultur überlagert wurden. Vor diesem Hintergrund argumentiert die Autorin, dass trotz der zahlreichen Willkommensinitiativen bestehende rassifizierende Grenzziehungen in den demokratischen Gesellschaften »Europas« nicht durchbrochen wurden.

III. Migrantisierte Akteur*innen und Praktiken der Demokratisierung

Schließlich stellt sich in Bezug auf den Zusammenhang von Migration und Demokratie die Frage, auf welche Weise sich Grenzen und Grenzziehungen verändern und welche Rolle dabei Migrant*innen und Migrantisierte spielen. Ein Ansatzpunkt für ein solches Vorgehen findet sich in den Ansätzen der »Autonomie der Migration«. Diese nehmen die politische Handlungsfähigkeit derjenigen in den Blick, die in der klassischen Migrationsforschung vorrangig als Objekte der staatlichen Regulierung gelten.⁵⁰ Es geht darum, »Grenzregime aus der Perspektive der Migration und unter dem Gesichtspunkt ihrer sozialen und politischen Kämpfe«⁵¹ zu betrachten. Sie schließen dabei auch an das Feld der Critical Border Studies an, die Grenzen in ihrer sozialen Konstruiertheit erfassen und sie als historisch bedingte, dynamische und politische Phänomene analysieren, die sich in sozialen Praktiken artikulieren und die stets umkämpft sind.⁵² »Auf diese Weise geraten migrantische Kämpfe, Alltagspraktiken und Überlebensstrategien in den Blick, die sich nicht darin erschöpfen, eine bloße Reaktion auf staatliche Reglementierungen zu sein, sondern vielmehr selbst ein Movens der Geschichte darstellen, indem sie Staaten, Gesellschaften und Kulturen zwingen, sich immer wieder neu zu organisieren.«⁵³ Arbeiten zur »Autonomie der Migration« haben nicht zuletzt dargestellt, dass Migration und migrantische Kämpfe gesellschaftliche Ordnungen herausfordern und verändern können.⁵⁴ Dabei soll die oft prekäre Praxis der Migration nicht romantisiert werden. Vielmehr unterstreicht der Blick auf Migrant*innen als politisch handelnde, selbstbestimmte Individuen die Komplexität der sozialen und politischen Praxis der Migration, und ermöglicht es, die Wirkungsweise der oft repressiven migrationspolitischen Maßnahmen zu erfassen.⁵⁵

50 Vgl. Moulrier Boutang 2007; Mezzadra 2007; Bojadžijev, Karakayali 2007.

51 Scheel 2015, S. 1.

52 Vgl. Hess, Tsianos 2010; Parker, Vaughan-Williams 2012; Rumford 2006.

53 Möhring 2018, S. 312.

54 Vgl. Bojadžijev 2012; Bojadžijev, Römhild 2014; Hess, Vassilis 2010; Schwenken 2006.

55 Vgl. Bojadžijev, Karakayali 2007, S. 210.

Die Perspektivierung über die Subjekte und Projekte der Migration muss dabei freilich nicht auf die Akte der Mobilität und den Versuch der Überwindung der territorialen Außengrenzen beschränkt bleiben. Das Erfahrungswissen über Bedingungen und Folgen der Migration zum Ausgangspunkt der Analysen zu machen, zeigt auf, dass Exklusion kein Randphänomen ist,⁵⁶ sondern »beständige Grenzerfahrungen« das Leben auch nach der Migration prägen.⁵⁷ So kommen die internen gesellschaftlichen Mechanismen des Ausschlusses und die Produktion von Prekarität, Rassifizierung und Subalternität in den Blick.⁵⁸ Ausgrenzung, Rassismus und rechte Gewalt werden dann als integrale Bestandteile postmigrantischer Gesellschaften nachvollziehbar.⁵⁹ Rassismus und rechte Gewalt sind Werkzeuge einer starren vereindeutigenden Ordnungslogik, die die Gleichheitsansprüche ausgeschlossener Gruppen verneint und die Grundsätze der pluralen Gesellschaft angreift.⁶⁰ Als hierarchisierendes Ordnungssystem wird Rassismus in der Postmigrationsgesellschaft zentral über (konstruierte) Migrationsmarker verhandelt.⁶¹ Rechte Gewalt trifft entsprechend besonders migrantisierte Menschen.

Der Fokus auf die Praxis der Migration und die Praktiken der Migrantisierenden ruft einen spezifischen Zugriff auf den Zusammenhang von Migration und Demokratie auf. Hier zeigen sich deutlich die der demokratischen Ordnung eingeschriebenen Ausschlüsse, aber auch, wie ausgehend von diesen Positionen Grenzziehungen hinterfragt, bekämpft und verändert werden, zum Beispiel durch das Unterlaufen der hegemonialen Grenzpraktiken, durch die Politisierung der Ausschlüsse und nicht zuletzt durch die Transformation der Vorstellungen politischer Mitgliedschaft und des demokratischen Zusammenlebens. Die Betonung des widerständigen politischen Potentials der Migration unterstreicht dann auch, dass Demokratie mehr ist als eine bestimmte Regierungsform. Sie findet Ausdruck in verschiedenen Politikformen und manifestiert sich als Lebensform auch in Hinsichten der gegenseitigen Bezugnahme und des alltäglichen Miteinander-Seins. Als solche wird Demokratie explizit oder implizit aufgerufen, etwa in Kämpfen um Gleichheit und Teilhabe, in antirassistischen Praktiken der Solidarität angesichts der vielfältigen Ausschlüsse oder migrantischen Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens jenseits von Grenzen. Durch die Reflexion und Bearbeitung der impliziten und expliziten Grenzziehungen der Demokratie kann Migration so auch als Reservoir der Erneuerung und Demokratisierung der Demokratie gelesen werden.

Wir wollen uns vor diesem Hintergrund im dritten Teil mit den Akteur*innen, Handlungen und Diskurspraktiken befassen, die in unterschiedlichen Praktiken die Grenzziehungen der Demokratie verhandeln, herausfordern und verändern.

56 Vgl. Ataç, Rosenberger 2013, S. 38.

57 Ha 2003, S. 89-90.

58 Vgl. El-Tayeb 2016.

59 Vgl. Foroutan 2020.

60 Vgl. Ebd.

61 Vgl. Demirovic, Bojadžijev 2002.

Die Beiträge nehmen migrantische Kämpfe und antirassistische Strategien des Widerstands in den Blick sowie Initiativen und zivilgesellschaftliche Bündnisse im Einsatz gegen rassistische Gewalt und arbeiten deren Potentiale für ein demokratisches Zusammenleben heraus.

Denise Bergold-Caldwell analysiert Politiken der Sorge schwarzer Feminist*innen und Women of Colour. Sie zeigt auf, wie der Kolonialismus durch anhaltende Rassifizierung, Migrantisierung und Ausbeutung bis heute das Leben der Akteur*innen bestimmt. Nichtsdestotrotz gelingt es diesen insbesondere mit Rückgriff auf ihr ausgeprägtes antirassistisches Wissensarchiv, in ihren Communities Care-Politiken mit einem transformatorischen Potential zu etablieren. Deren wesentliche Komponente ist ein umfassendes Für-Einander-Da- und Mit-Einander-Sein, durch das die erlebten Prekarisierungen, Verletzungen und Entmenschlichungen verstehbar und verarbeitbar werden, um auf dieser Basis antirassistische Forderungen an die Gesellschaft zu formulieren. Das Miteinander-Sein durch Care ermöglicht so demokratische Teilhabe und gibt darüber hinaus Impulse, die Demokratie neu zu erfahren und neu zu denken. *Erol Yildiz* und *Anita Rotter* zeigen sodann auf, wie junge migrantisierte Erwachsene ihre Ausgrenzungserfahrungen in künstlerischen Artikulationsformen bearbeiten und dadurch die gesellschaftlich etablierten, durch einen methodologischen Migrantismus mit hervorgebrachten Wissensordnungen herausfordern und deren binäre Kategorisierungen durchbrechen. Diese postmigrantischen Artikulationen lesen sie als Ausdruck eines konvivialen Vermögens, das Anhaltspunkte für ein neues postmigrantisches Gesellschaftsverständnis und neue demokratische Erfahrungsräume liefert. *Katarina Stjepandić* unternimmt eine ethnographische Analyse der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung nach dem rassistischen Terroranschlag vom 19. Februar 2020 in Hanau. Angehörige und Unterstützer*innen schlossen sich zu einer breiten und nachhaltigen Allianz zusammen, die die selbstbestimmte Verarbeitung der Betroffenen mit langjährigem strategischen Erfahrungswissen verband. Durch diese gelebte postmigrantische Solidarität auf Basis einer gemeinsamen Haltung gelang es, dem Problem rassistischer Gewalt in Deutschland neue Sichtbarkeit und Resonanz zu verleihen. *Maria Diedrich* beschäftigt sich anhand der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus« (MBR) mit der Frage, wie demokratisch verfasste Gesellschaften mit rechter Gewalt umgehen. Sie problematisiert, dass den staatlichen Förderprogrammen, durch die die MBR maßgeblich finanziert wird, ein Deutungsmuster zugrunde liegt, welches rechte und rassistische Gewalt als gesellschaftliche Randphänomene versteht und damit deren gesellschaftliche Bedingungen und Verankerung ausgeblendet bleiben. Daraufhin analysiert sie die Möglichkeiten und Grenzen der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der MBR, rechte Gewalt als ein gesamtgesellschaftliches Problem zu thematisieren und zu bearbeiten. Schließlich arbeitet *Ria Prilutski* auf Basis von Interviews mit Migrantisierten Abwertungen im Bereich der Sprache als ausschließende Mechanismen heraus, die sie als »meritokratischer Rassismus« fasst. Der meritokratische Rassismus verhindert nicht nur Teilhabe, sondern trägt darüber hinaus den Betroffenen auf, sich selbst von dessen rassistischen, ausschließenden Konsequenzen zu befreien. Als Antwort entwickelt die Autorin das Konzept einer »solidarischen Politik jenseits

der Verbundenheit«, welches die demokratische Pflicht der Mehrheitsgesellschaft beschreibt, ihre Rassismen in kollektiven Prozessen zu »ver-lernen«.

In ihrem Zusammenspiel leisten die Beiträge des Sonderhefts einen Beitrag dazu, Konflikte um Migration als Aushandlungen des Zusammenlebens in postmigrantischen demokratischen Gesellschaften zu analysieren. Die Demokratie ist nicht in der Krise. Die Konflikte um Grenzziehungen sind vielmehr Ausdruck einer »Dialektik der Demokratie«⁶², die sich in der Gleichzeitigkeit von Öffnung und Schließung manifestiert. Progressive Bewegungen, die in den letzten Jahren Zugang zu sozialen Räumen und Teilhabe am Recht der demokratischen Selbstbestimmung erkämpft haben, sind begleitet von antidemokratischen Gegenreaktionen. Ziel des Hefts ist eine umfassende Bestandsaufnahme zu den laufenden Debatten, um dabei auch die aktuellen gesellschaftlichen Potentiale für das demokratische Zusammenleben in der postmigrantischen Gesellschaft auszuloten. Den Auftakt dazu bildet ein Gespräch mit *Max Czollek*, *Tahir Della* und *Naika Foroutan*, in dem es um antirassistische Kämpfe und politischen Wandel in der Postmigrationsgesellschaft geht.

Literatur

- Anderson, Bridget 2013. *Us and them?: The dangerous politics of immigration control*. Oxford: Oxford University Press.
- Ataç, Ilker; Rosenberger, Sieglinde 2013. »Inklusion/Exklusion – ein relationales Konzept der Migrationsforschung«, in *Politik der Inklusion und Exklusion*, hrsg. v. Dies., S. 35-52. Wien: Vienna University Press.
- Bade, Klaus 2016. »Von Unworten zu Untaten. Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen Migrations und Asyldiskussion zwischen ›Gastarbeiterfrage‹ und ›Flüchtlingskrise‹«, in *25 Jahre IMIS. Jubiläumsveranstaltung am 29. Mai 2015*, hrsg. v. IMIS, S. 35–171. Osnabrück: IMIS.
- Balibar, Étienne 1996. »What we owe to the Sans-papiers« <http://eipcp.net/transversal/0313/balibar/en> (Zugriff vom 15.09.2022).
- Balibar, Étienne 2010. »Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft. Überlegungen zur emanzipatorischen Politik«, in *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas*, hrsg. v. Demirović, Alex; Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat, S. 19-34. Baden-Baden: Nomos.
- Bauböck, Rainer 2017. »Political Membership and Democratic Boundaries«, in *The Oxford Handbook of Citizenship*, hrsg. v. Shachar, Ayelet; Bauböck, Rainer; Bloemraad, Irene; Vink, Maarten, S. 60-83. Oxford: Oxford University Press.
- Benhabib, Seyla 1993. »Demokratie und Differenz. Betrachtungen über Rationalität, Demokratie und Postmoderne«, in *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*, hrsg. v. Brumlik, Micha; Brunkhorst, Hauke, S. 97-116. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Benhabib, Seyla 2004. *The Rights of Others: Aliens, Residents, and Citizens*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bhabha, Jacqueline 2019. *Migration als Krise? Wie ein Umdenken möglich ist*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bieling, Hans-Jürgen; Huke, Nikolai 2020. »Nach dem ›Sommer der Willkommenskultur‹: Teilhabekonflikte in der postmigrantischen Gesellschaft«, in *Migration und Teilhabe* hrsg. v. Landeszentrale für Politische Bildung (Bürger im Staat), S. 108-113. Ulm: Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei.
- Bojadžijev, Manuela 2012. *Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

62 Lessenich 2019, S. 37.

- Bojadžijev, Manuela; Karakayali, Serhat 2007. »Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode«, in *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, hrsg. v. Transit Migration, S. 203-2010. Bielefeld: Transcript.
- Bojadžijev, Manuela; Römhild, Regina 2014. »Was kommt nach dem ›transnational turn‹? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung«, in *Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung*, hrsg. v. Labor Migration, S. 10-24. Berlin: Pannama Verlag.
- Bosniak, Linda 2006. *The Citizen and the Alien. Dilemmas of Contemporary Membership*. Princeton: Princeton University Press.
- Bosniak, Linda 2017. »Status Non-Citizens«, in *The Oxford Handbook of Citizenship*, hrsg. v. Shachar, Ayelet; Bauböck, Rainer; Bloemraad, Irene; Vink, Maarten, S. 314-337. Oxford: Oxford University Press.
- Boutang, Yann Moulrier 2007. »Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik«, in *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, hrsg. v. Pieper, Marianne; Atzert, Thomas; Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis, S. 169-178. Frankfurt a.M.: Campus.
- Carens, Joseph 1992. »Migration and Morality: A Liberal Egalitarian Perspective«, in *Free Movement: Ethical Issues in the Transnational Migration of People and of Money*, hrsg. v. Barry, Brian; Goodin, Robert, S. 25-47. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Cassee, Andreas; Goppel, Anna 2012. »Ein doppeltes Recht auf Ausschluss? Einleitende Gedanken zu Migration und Ethik«, in *Migration und Ethik* hrsg. v. Dies., S. 9-20. Münster: Mentis.
- Celikates, Robin 2016. »Migration: normative und sozialtheoretische Perspektiven«, in *Internationale Politische Theorie*, hrsg. v. Kreide, Regina; Niederberger, Andreas, S. 229-244. Stuttgart: Metzler.
- Celikates, Robin 2012. »Constituent Power beyond Exceptionalism: Irregular Migration, Disobedience, and (Re-)Constitution«, in *Journal of International Political Theory* 15 (1), S. 67-81.
- Dahinden, Janine 2016. »A plea for the ›de-migranticization‹ of research on migration and integration«, in *Ethnic and Racial Studies* 39, 13, S. 2207-2225.
- Davies, Thom; Isakjee, Arshad; Dhesi, Surindar 2017. »Violent Inaction: The Necropolitical Experience of Refugees in Europe«, in *Antipode* 49, 5, S. 1263-1284.
- Demirovic, Alex; Bojadžijev, Manuela 2002. *Konjunkturen des Rassismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) 2022. *Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa)*, Berlin. https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/CATI_Studie_Rassistische_Realit%C3%A4ten/DeZIM-Rassismusmonitor-Studie_Rassistische-Realit%C3%A4ten_Wie-setzt-sich-Deutschland-mit-Rassismus-auseinander.pdf (Zugriff vom 15.09.2022).
- Ehrmann, Jeanette 2021. »Postkolonialität und die Krise der Demokratietheorie. Perspektiven einer postkolonialen Demokratiekritik«, in *Zeitschrift für Politische Theorie*, Jg. 12, Heft 2, S. 3-17.
- El-Mafaalani, Aladin 2022. *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. (Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuausgabe). Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- El-Tayeb, Fatima 2016. *Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- Espahangizi, Kijan 2022. »Migration«, in *Inventar der Migrationsbegriffe*, hrsg. v. Bartels, Inken; Löhr, Isabella; Reinecke, Christiane; Schäfer, Philipp Christiane; Stielike, Laura. www.migrationsbegriffe.de/migration (Zugriff vom 15.09.2022).
- Esping-Andersen, Gosta 1990. *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Faist, Thomas 2021. »The transnational social question«, in *Routledge International Handbook of Contemporary Social and Political Theory*, hrsg. v. Delanty, Gerard; Turner, Stephen P., S. 478-488. London: Routledge.
- Foroutan, Naika 2019. *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: Transcript.

- Foroutan, Naika 2020. »Rassismus in der Postmigrantischen Gesellschaft«, in *APuZ* 42-44, S. 12-18.
- Freeman, Gary P. 1986. »Migration and the Political Economy of the Welfare State«, in *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 485, 1, S. 51-63.
- Ha, Kien Nghi 2003. »Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik«, in *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, hrsg. v. Gutiérrez Rodríguez, Encarnación Gutiérrez; Steyerl, Hito, S. 56–107. Münster: Unrast.
- Harder, Alexander; Opratko, Benjamin 2022. »Cultures of rejection at work: Investigating the acceptability of authoritarian populism«, in *Ethnicities*, 22(3), S. 425-445.
- Hess, Sabine; Tsianos, Vassilis 2010. »Ethnographische Grenzregimeanalyse. Eine Methodologie der Autonomie der Migration«, in *Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, hrsg. v. Hess, Sabine; Kasperek, Bernd, S. 243-264. Berlin: Assoziation A.
- Horvath, Kenneth 2017. »Migrationshintergrund«, in *Bildung und Teilhabe. Zwischen Inklusionsforderung und Exklusionsdrohung*, hrsg. v. Miethe, Ingrid; Tervooren, Anja; Ricken, Norbert, S. 197-216. Wiesbaden: Springer VS.
- Huke, Nikolai 2021. *Ohnmacht in der Demokratie. Das gebrochene Versprechen politischer Teilhabe*. Bielefeld: Transcript.
- Karakayali, Juliane; Mecheril, Paul 2018. »Umkämpfte Krisen: Migrationsregime als Analyseperspektive migrationsgesellschaftlicher Gegenwart«, in *Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*, hrsg. v. Foroutan, Naika; Karakayali, Juliane; Spielhaus, Riem, S. 225-235. Frankfurt a.M.: Campus.
- Karakayali, Serhat 2008. *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Migration in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld: Transcript.
- Kerner, Ina 2019. »Grenzen und Migration. Postkoloniale Perspektiven«, in *Zeitschrift für Politik* 66, 2, S. 199-216.
- Koopmans, Ruud 2017. *Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration*. Münster: LIT Verlag.
- Lessenich, Stephan 2019. *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Ditzingen: Reclam Verlag.
- Mamdani, Mahmood 2020. *Neither Settler nor Native. The Making and Unmaking of Permanent Minorities*. Cambridge: Harvard University Press.
- Mansour, Ahmad 2018. *Klartext zur Integration. Gegen falsche Toleranz und Panikmache*. Frankfurt: Fischer.
- Mau, Steffen 2022. »Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung«, in *Merkur* 76 (874), S. 5–18.
- Mbembe, Achille 2014. *Kritik der Schwarzen Vernunft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mecheril, Paul 2016. »Migrationspädagogik – ein Projekt«, in *Handbuch Migrationspädagogik*, hrsg. v. Ders., S. 8-30. Weinheim, Basel: Beltz.
- Mezzadra, Sandro; Neilson, Brett 2013. *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham, NC: Duke University Press.
- Mezzadra, Sandro 2007. »Kapitalismus, Migrationen, Soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration«, in *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, hrsg. v. Pieper, Marianne; Atzert, Thomas; Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis, S. 179-194. Frankfurt a.M.: Campus.
- Mills, Charles W. 1999. *The Racial Contract*. Ithaca, London: Cornell University Press.
- Mohr, Katrin 2005. »Stratifizierte Rechte und soziale Exklusion von Migranten im Wohlfahrtsstaat«, in *Zeitschrift für Soziologie* 34(5), S. 383-398.
- Möhring, Maren 2018. »Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung«, in *Archiv für Sozialgeschichte* 58, S. 305-330.
- Morris, Lydia 2003. »Managing contradiction: Civic stratification and migrants' rights«, in *International Migration Review* 37(1), S. 74-100.
- Moulier Boutang, Yann 2007. »Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik«, in *Empire und die biopolitische Wende. Die Internationale Diskussion im Anschluss an Negri und Hardt*, hrsg. v. Pieper, Marianne; Atzert, Thomas; Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis, S. 169-178. Frankfurt a.M.: Campus.

- Nieswand, Boris; Drotbohm, Heike 2014. »Einleitung: Die reflexive Wende in der Migrationsforschung«, in *Kultur, Gesellschaft, Migration*, hrsg. v. Dies., S. 1-37. Wiesbaden: Springer VS.
- Oltmer, Jochen 2017. *Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart*. Darmstadt: Konrad Theiss Verlag.
- Parker, Noel; Vaughan-Williams, Nick 2016. *Critical Border Studies: Broadening and Deepening the »Lines in the Sand« Agenda*. London: Routledge.
- Rommelspacher, Birgit 2009. »Was ist eigentlich Rassismus?« in *Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung*, hrsg. v. Melter, Claus; Mecheril, Paul, S. 25-38. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Rumford, Chris 2006. »Theorizing Borders«, in *European Journal of Social Theory* 9, 2, S. 155-169.
- Sainsbury, Diane 2006. »Immigrants' social rights in comparative perspective: welfare regimes, forms in immigration and immigration policy regimes«, in *Journal of European Social Policy* 16(3), S. 229-244.
- Scheel, Stephan 2015. »Das Konzept der Autonomie der Migration überdenken? – Yes Please!« in *Movements* 1, 2, S. 1-15.
- Schmelzle, Cord 2021. »Ist Polarisierung schlecht für die Demokratie?«, in *Blätter der Wohlfahrtspflege* 168(2), S. 51–54.
- Schwenken, Helen 2006. *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme*. Bielefeld: Transcript.
- Shachar, Ayelet 2009. *The Birthright Lottery*. Cambridge: Harvard University Press.
- Silva, Denise F. da 2009. »No-Bodies«, in *Griffith Law Review* 18, 2, S. 212-236.
- Stjepandić, Katarina; Karakayalı, Serhat 2018. »Solidarität in postmigrantischen Allianzen: Die Suche nach dem Common Ground jenseits individueller Erfahrungskontexte«, in *Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*, hrsg. v. Foroutan Naika; Karakayalı, Juliane, Spielhaus, Riem, S. 237–252, Frankfurt a.M.: Campus.
- Vaughan-Williams, Nick 2012. *Border Politics: The Limits of Sovereign Power*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Yıldız, Erol 2018. »Vom methodologischen Nationalismus zu postmigrantischen Visionen«, in *Postmigrantische Visionen. Erfahrungen–Ideen–Reflexionen*, hrsg. v. Hill, Marc; Yıldız, Erol, S. 43-61. Bielefeld: Transcript.